

Amtsblatt

der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

Bd. 68 Nr. 12

305

31. Dezember 2018

Inhalt:	Seite	Seite
<i>Kirchliches Gesetz über den Zusammenschluss der Evangelischen Kirchenbezirke Calw und Nagold</i>	305	<i>Verordnung des Oberkirchenrats zur Änderung der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag</i>
<i>Kirchliches Gesetz zur Änderung der Kirchlichen Wahlordnung</i>	307	313
<i>Kirchliches Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften</i>	307	<i>Verordnung des Oberkirchenrats zur Änderung der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränkten Dienstauftrag</i>
<i>Kirchliches Gesetz zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften</i>	310	318
<i>Verordnung des Oberkirchenrats zur Änderung der Urlaubs- und Stellvertretungsverordnung</i>	313	<i>Dienstnachrichten</i>
		319
		<i>Arbeitsrechtsregelungen</i>
		319

Kirchliches Gesetz über den Zusammenschluss der Evangelischen Kirchenbezirke Calw und Nagold

vom 27. November 2018

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Kirchliches Gesetz über die Bildung des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold

§ 1

Bildung des Kirchenbezirks Calw-Nagold

(1) Die Evangelischen Kirchenbezirke Calw und Nagold werden mit Wirkung zum 1. Januar 2019 aufgehoben.

(2) Die Kirchengemeinden, aus denen sie gebildet waren, werden zugleich zum Evangelischen Kirchenbezirk Calw-Nagold und Evangelischen Dekanatsbezirk

Calw-Nagold gemäß § 1 Absatz 1 der Kirchenbezirksordnung zusammengeschlossen. Der Kirchenbezirk trägt die Bezeichnung „Evangelischer Kirchenbezirk Calw-Nagold“ und ist Rechtsnachfolger der aufgehobenen Kirchenbezirke im Wege der Gesamtrechtsnachfolge. Er ist Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Der Sitz des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold ist Calw.

§ 2

Gesamtrechtsnachfolge

(1) Mit der Bildung des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold gehen die Aufgaben und das Vermögen der Evangelischen Kirchenbezirke Calw und Nagold auf den Evangelischen Kirchenbezirk Calw-Nagold über.

(2) Die Dienst- und Arbeitsverhältnisse der kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der in Absatz 1 genannten Kirchenbezirke gehen mit der Bildung des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold auf diesen über.

(3) Soweit von dem Vermögensübergang nach Absatz 1 Grundstücke, Erbbaurechte und andere grundstücksgleiche Rechte betroffen sind, hat dieses Kirchengesetz dingliche Wirkung.

§ 3 Bezirkssatzung

(1) Der Oberkirchenrat erlässt eine Bezirkssatzung für den Evangelischen Kirchenbezirk Calw-Nagold, die zum 1. Januar 2019 in Kraft tritt. Die Bezirkssynoden der bisherigen Kirchenbezirke Calw und Nagold sind vor dem Erlass der Bezirkssatzung anzuhören.

(2) Die Bezirkssatzung kann eine besondere Umlage und besondere Merkmale für die jeweiligen Kirchengemeinden der bisherigen Evangelischen Kirchenbezirke Calw und Nagold vorsehen, soweit Aufgaben im besonderen Interesse dieser Kirchengemeinden durchgeführt werden.

(3) Mit dem Erlass der Bezirkssatzung durch den Oberkirchenrat geht das Recht zur Satzungsänderung und zum Erlass von Bezirkssatzungen gemäß § 7 Nummer 4, § 27 der Kirchenbezirksordnung auf die Bezirkssynode des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold über.

§ 4 Übergangszuständigkeit

Ab dem 1. Januar 2019 nehmen bis zur Bildung der Bezirkssynode des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold und des Kirchenbezirksausschusses des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold die beiden Vorsitzenden der bisherigen Kirchenbezirksausschüsse des Evangelischen Kirchenbezirks Calw und des Evangelischen Kirchenbezirks Nagold gemeinsam die Aufgaben der Bezirkssynode des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold und des Kirchenbezirksausschusses des Evangelischen Kirchenbezirks Calw-Nagold wahr.

Artikel 2 Änderung der Kirchlichen Wahlordnung

In § 38 Absatz 3 der Kirchlichen Wahlordnung vom 15. April 1964 (Abl. 41 S. 118), zuletzt geändert durch Kirchliches Gesetz vom 6. Juli 2013 (Abl. 65 S. 538), wird in Spalte 1 die Angabe „20 Nagold Calw Neuenbürg“ durch die Angabe „20 Calw-Nagold Neuenbürg“ ersetzt.

Artikel 3 Wahrnehmung der Aufgaben des Dekanatamtes im Kirchenbezirk Calw-Nagold durch zwei Dekaninnen oder Dekane

(1) Im Evangelischen Kirchenbezirk Calw-Nagold wird das Dekanatamt gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 Würt-

tembergisches Pfarrergesetz mit den Pfarrstellen Calw Stadtkirche I und Nagold Stadtkirche I verbunden.

(2) In Abweichung zu § 39 Württembergisches Pfarrergesetz tragen beide Inhaberinnen oder Inhaber der Pfarrstellen nach Absatz 1 die Dienstbezeichnung „Dekanin“ oder „Dekan“.

(3) Die Inhaberin oder der Inhaber der Pfarrstelle Calw Stadtkirche I nimmt den Vorsitz im Kirchenbezirksausschuss sowie die Geschäftsführung im Evangelischen Kirchenbezirk Calw-Nagold wahr.

(4) Die Berufung der derzeitigen Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber auf die Pfarrstellen nach Absatz 1 bleibt durch das Inkrafttreten des Gesetzes unberührt.

(5) Die Aufgaben der Schuldekanin oder des Schuldekans bleiben unberührt.

Artikel 4 Änderung der Kirchlichen Verordnung zur Ausführung des Pfarrbesoldungsgesetzes

Anlage 1 der Kirchlichen Verordnung zur Ausführung des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 8. August 1995 (Abl. 56 S. 419), die zuletzt durch die Kirchliche Verordnung vom 14. Mai 2018 (Abl. 68 S. 95) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt III wird wie folgt geändert
 - a. In Nummer 1 werden die Worte „Calw,“ und „Nagold,“ gestrichen.
 - b. In Nummer 2 wird nach dem Wort „Böblingen,“ das Wort „Calw-Nagold,“ eingefügt.
2. In Abschnitt IV Nummer 2 werden nach den Worten „Münsingen Martinskirche I,“ die Worte „Nagold Stadtkirche I,“ eingefügt.

Artikel 5 Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die Regelung in Artikel 1 § 1 Absatz 3 und Artikel 4 können nach Inkrafttreten durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 6 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

(2) Die Absätze 1 bis 3 des Artikels 3 treten mit dem ersten Freiwerden der Pfarrstelle Calw Stadtkirche I oder Nagold Stadtkirche I außer Kraft.

D r . h . c . F r a n k O . J u l y

Kirchliches Gesetz zur Änderung der Kirchlichen Wahlordnung

vom 27. November 2018

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1 Änderungen der Wahlordnung

Die Kirchliche Wahlordnung vom 15. April 1964 (Abl. 41 S. 118), zuletzt geändert durch Kirchliches Gesetz vom 6. Juli 2013 (Abl. 65 S. 538), wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Absatz 3 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ und die Angabe „30“ durch die Angabe „37“ ersetzt.
2. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Angabe „57“ durch die Angabe „64“ und die Angabe „36“ durch die Angabe „43“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 wird die Angabe „34“ durch die Angabe „41“ und jeweils die Angabe „30“ durch die Angabe „37“ ersetzt.

3. § 25a Absatz 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Den wahlberechtigten Gemeindegliedern werden in der Regel zusammen mit der Wahlbenachrichtigung nach § 11 die Unterlagen nach § 25 Absatz 2 zugesandt. In diesem Fall gilt die Wahlbenachrichtigung nach § 11 auch als Briefwahlschein. Die Möglichkeit zur Stimmabgabe nach §§ 20 bis 24 bleibt hiervon unberührt.“

(2) Der Kirchengemeinderat kann beschließen, dass keine allgemeine Zusendung der Briefwahlunterlagen nach Absatz 1 durchgeführt wird. Der Beschluss muss bis zum 55. Tag vor der Wahl gefasst werden. In Gesamtkirchengemeinden soll die Handhabung einheitlich sein.“

4. § 38 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- a) nach den Worten „Kirchenkreis Stuttgart“ in der Spalte „Laien“ wird die Angabe „5“ durch die Angabe „4“ ersetzt.
- b) nach den Worten „Ludwigsburg Marbach“ in der Spalte „Laien“ wird die Angabe „3“ durch die Angabe „2“ und in der Spalte „Theologen“ die Angabe „1“ durch die Angabe „2“ ersetzt.
- c) nach den Worten „Esslingen Bernhausen“ in der Spalte „Laien“ wird die Angabe „3“ durch die Angabe „2“ ersetzt.
- d) nach den Worten „Schorndorf Schwäbisch Gmünd“ in der Spalte „Laien“ wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ ersetzt.
- e) nach den Worten „Aalen Heidenheim“ in der Spalte „Laien“ wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ und in der Spalte „Theologen“ die Angabe „2“ durch die Angabe „1“ ersetzt.
- f) nach den Worten „Tübingen“ in der Spalte „Laien“ wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Stuttgart, 27. November 2018

D r . h . c . F r a n k O . J u l y

Kirchliches Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

vom 27. November 2018

Die Landessynode hat das folgende Kirchliche Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Artikel 1 Änderung des Pfarrstellenbesetzungsgesetzes

§ 2 Absatz 4a des Pfarrstellenbesetzungsgesetzes vom 15. Mai 1971 (Abl. 44 S. 484), das zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 25. November 2015 (Abl. 67 S. 1, 6) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Angabe „§ 23 c Abs. 1 Satz 1 und des § 23 d Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „§ 30 Absatz 1 Satz 1 und § 31 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
2. In Satz 3 werden die Angabe „§ 23 c Abs. 1 Satz 3 und § 23 d Abs. 1 Satz 3“ durch die Angabe „§ 30 Absatz 1 Satz 3 und § 31 Absatz 1 Satz 3“ und die Angabe „§ 6“ durch die Angabe „§ 19 Absatz 1 Pfarrdienstgesetz der EKD“ ersetzt.

Artikel 2 **Änderung der Visitationsordnung**

In § 11 Absatz 3 Satz 1 der Visitationsordnung vom 25. November 1976 (Abl. 47 S. 352), die zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 25. November 2015 (Abl. 67 S. 1, 8) geändert wurde, wird die Angabe „§ 46 Absatz 3 Satz 2 oder § 50“ durch die Angabe „§ 47 Absatz 3 Satz 2 oder § 51“ ersetzt.

Artikel 3 **Änderung der Taufordnung**

In § 11 Absatz 2 Satz 1 der Taufordnung vom 4. November 1964 (Abl. 42 S. 1), die zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 10. März 2018 (Abl. 68 S. 81) geändert wurde, wird nach der Angabe „§ 10“ die Angabe „Absatz 3“ eingefügt.

Artikel 4 **Änderung der Konfirmationsordnung**

In § 10 Absatz 1 Satz 1 der Konfirmationsordnung vom 21. Oktober 1965 (Abl. 42 S. 45) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Februar 1977 (Abl. 47 S. 323), die zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 10. März 2018 (Abl. 68 S. 81, 83) geändert wurde, wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 10“ ersetzt.

Artikel 5 **Änderung des Württembergischen Pfarrergesetzes**

Das Württembergische Pfarrergesetz vom 3. Juni 1977 (Abl. 47 S. 511), zuletzt geändert durch Kirchliches Gesetz vom 23. November 2016 (Abl. 67 S. 272), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 Absatz 7 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Besteht ein Kirchenbeamtenverhältnis, erfolgt die Berufung durch Umwandlung gemäß § 59 Kirchenbeamten-gesetz der EKD.“

2. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a (Zu § 12 Abs. 1 Satz 3 PfdG.EKD) Verlängerung des Probedienstes

§ 12 Absatz 1 Satz 3 Pfarrdienstgesetz der EKD gilt für sonstige Fälle unterhältigen Teildienstes entsprechend.“

3. In § 13 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Fällen“ die Worte „und in Fällen des unterhältigen Teildienstes“ eingefügt.
4. Nach § 21 werden folgende §§ 21a und 21b eingefügt:

„§ 21a (Zu § 68 Abs. 3 PfdG.EKD) Unterhältiger Teildienst

Für ständige Pfarrfrauen und Pfarrer, die auf Pfarrstellen ernannt sind, ist unterhältiger Teildienst nur mit einem 25-prozentigen Dienstauftrag nach §§ 69a, 69b PfdG.EKD, § 21b und § 23 Absatz 1 und 2 zulässig.

§ 21b (Zu § 68 Abs. 3 PfdG.EKD) Unterhältiger Teildienst während der Elternzeit

(1) Bei Vorliegen eines dienstlichen Interesses kann auf Antrag der in Elternzeit befindlichen ständigen Pfarrfrauen und Pfarrer, die auf Pfarrstellen ernannt sind, während der Elternzeit ein 25-prozentiger Dienstauftrag erteilt werden. Bei Gemeinde-pfarrstellen ist der Kirchengemeinderat zu hören.

(2) Soweit mit der Elternzeit eines ständigen Pfarrers oder einer ständigen Pfarrerin nicht der Verlust der Pfarrstelle verbunden ist, kann ein Dienstauftrag gemäß Absatz 1 im Regelfall nur in Verbindung mit dieser Pfarrstelle erteilt werden. Die Verbindung der Pfarrstelle mit der Geschäftsführung einer Kirchengemeinde bleibt unberührt.

(3) Ist mit der Elternzeit eines ständigen Pfarrers oder einer ständigen Pfarrerin der Verlust der Pfarrstelle verbunden, wird der Dienstauftrag gemäß Absatz 1 im Regelfall nicht im Wirkungsbereich der bisher innegehabten Pfarrstelle erteilt.“

5. In § 23 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „im Gemeindepfarrdienst nicht möglich“ durch die Wörter „nach §§ 69a, 69b PfdG.EKD, § 21b oder dann möglich, wenn ein dienstliches Interesse besteht und die Voraussetzungen eines Teildienstes aus familiären Gründen nach § 69 Absatz 1 PfdG.EKD gegeben sind“ ersetzt.

6. In § 24 Absatz 2 werden nach dem Wort „Dienstauftrags“ die Worte „auf 50 Prozent oder 75 Prozent“ eingefügt.

7. In § 25 Absatz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
 „Der Dienstauftrag einer ständigen Pfarrerin oder eines ständigen Pfarrers mit auf 75 Prozent eingeschränktem Dienstauftrag kann auf deren oder dessen Antrag und mit Zustimmung des Besetzungsgremiums um 25 Prozent der regelmäßigen dienstlichen Inanspruchnahme bis zur Dauer von drei Jahren reduziert werden.“

8. In § 50 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§§ 6 Abs. 4 Satz 4 und 48“ durch die Angabe „§ 7 Absatz 4 Satz 4 und § 48 Satz 4“ ersetzt.

Artikel 6 **Änderung des Pfarrbesoldungsgesetzes**

An § 19 Absatz 1 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 25. November 1996 (Abl. 57 S. 171), das zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 27. November 2017 (Abl. 68. S. 1) geändert wurde, wird folgender Satz angefügt:
 „Ein Anspruch auf freie Dienstwohnung besteht jedoch, außer in den Fällen der §§ 69a, 69b PFDG.EKD, in der Regel nicht, wenn der Umfang des Dienstauftrages weniger als 50 Prozent beträgt.“

Artikel 7 **Änderung des Pfarrerversorgungsgesetzes**

Nach § 35 Pfarrerversorgungsgesetz vom 26. Oktober 1977 (Abl. 48 S. 18), das zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 27. November 2017 (Abl. 68 S. 1, 2) geändert wurde, wird folgender § 35a eingefügt:

„§ 35a **Übergangsregelung aus Anlass des Außerkrafttretens des Kirchlichen Gesetzes zur zeitweisen Erweiterung der Anstellungsmöglichkeiten im Pfarrdienst**

(1) Zeiten einer Beurlaubung im unständigen Dienst im Pfarramt nach § 4 Absatz 2 Kirchliches Gesetz zur zeitweisen Erweiterung der Anstellungsmöglichkeiten im Pfarrdienst sind uneingeschränkt ruhegehaltfähig. § 5 Absatz 2 Nummer 3 findet keine Anwendung.

(2) Zeiten eines eingeschränkten Dienstauftrages nach § 4 Absatz 1 Kirchliches Gesetz zur zeitweisen Erweiterung der Anstellungsmöglichkeiten im Pfarrdienst ab 1. Januar 1997 sind uneingeschränkt ruhegehaltfähig. § 5 Absatz 3 findet keine Anwendung.“

Artikel 8 **Änderung des Kirchenbeamtenausführungsgesetzes**

§ 2 des Kirchenbeamtenausführungsgesetz vom 30. November 2006 (Abl. 62 S. 166), das zuletzt durch Kirchliches Gesetz vom 22. November 2011 (Abl. 64 S. 527, 533) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 6 des Beamtenversorgungsgesetzes“ durch die Angabe „§ 21 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg“ und das Wort „fünfundvierzigste“ durch die Angabe „47.“ ersetzt.

b) In Nummer 3 wird das Wort „zweiundsechzigste“ durch die Angabe „63.“ und die Wörter „beziehungsweise als Mitglied des Oberkirchenrats das sechzigste Lebensjahr überschritten“ durch die Wörter „Lebensjahr vollendet“ ersetzt.

2. Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Kirchenbeamtin oder der Kirchenbeamte auf Zeit tritt nicht nach Absatz 1 in den Ruhestand, wenn sie oder er der Aufforderung zu der Erklärung, dass sie oder er bereit ist, nach Ablauf der Amtszeit das Amt im Falle eines entsprechenden Beschlusses unter nicht ungünstigeren Bedingungen weiter zu versehen, nicht oder nicht fristgerecht nachkommt. Die Aufforderung erfolgt unter Bestimmung einer angemessenen Frist durch die oberste Dienstbehörde oder bei Mitgliedern des Oberkirchenrats durch den Landeskirchenausschuss. Satz 1 gilt nicht für Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte auf Zeit, die am Tag der Beendigung der Amtszeit das 63. Lebensjahr vollendet haben.“

3. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Wird die Kirchenbeamtin oder der Kirchenbeamte auf Zeit im Anschluss an ihre oder seine Amtszeit erneut in dasselbe Amt für eine weitere Amtszeit berufen, so gilt das Beamtenverhältnis als nicht unterbrochen.“

Artikel 9 **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Januar 2019 in Kraft. Artikel 7 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft.

Stuttgart, 27. November 2018

D r. h. c. F r a n k O. J u l y

Kirchliches Gesetz zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften

vom 27. November 2018

Die Landessynode hat das folgende kirchliche Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1 Änderung des Kirchlichen Gesetzes zur Einführung eines neuen Finanzmanagements in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

Das Kirchliche Gesetz zur Einführung eines neuen Finanzmanagements in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vom 24. November 2016 (Abl. 67 S. 273), geändert durch Kirchliches Gesetz vom 8. Juli 2017 (Abl. 67 S. 410, 412), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

aa) Die Angabe zu § 56 wird wie folgt gefasst:

„§ 56 (weggefallen)“

bb) Die Angabe zu § 72 wird wie folgt gefasst:

„§ 72 Sondervermögen, Einrichtungen und Wirtschaftsbetriebe“

b) In der Präambel wird das Wort „Mittel“ durch das Wort „Mitteln“ ersetzt.

c) In § 6 Absatz 1 wird das Wort „Kostenstelle“ durch das Wort „Haushaltsstelle“ ersetzt.

d) § 14 wird wie folgt geändert:

aa) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 2 werden die Wörter „Kostenstellen und sofern vorhanden in Kostenträger“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

bbb) In Satz 3 wird das Wort „Kostenstelle“ durch das Wort „Haushaltsstelle“ ersetzt.

ccc) In Satz 4 wird das Wort „Kostenstellen“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

bb) In Absatz 3 Nummer 1 Satz 3 werden die Wörter „Kostenstellen und Planstellen“ durch die Wörter „Haushaltsstellen, Planstellen und Stellen“ ersetzt.

e) In § 17 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Kostenstellen und sofern vorhanden nach Kostenträgern“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

f) § 23 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „in den Kostenstellen“ gestrichen und das Wort „Kostenträgern“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „, Kostenstellen“ gestrichen und das Wort „Kostenträgern“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

g) In § 26 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Planvermerk“ durch das Wort „Haushaltsvermerk“ ersetzt.

h) § 32 wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „sind“ die Wörter „an Hand von Kostenstellen und Kostenträgern“ eingefügt.

bb) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Kostenstellen“ gestrichen und das Wort „Kostenträgern“ durch die Wörter „in Haushaltsstellen“ ersetzt.

i) In § 38 Absatz 4 Satz 2 wird das Wort „Kostenstellen“ gestrichen und das Wort „Kostenträgern“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

j) § 39 wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 1 werden die Wörter „Kostenstelle oder bei dem vorgesehenen Kostenträger“ durch das Wort „Haushaltsstelle“ ersetzt.

bb) In Absatz 2 werden die Wörter „Kostenstellen oder Kostenträgern“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

k) § 56 wird aufgehoben.

l) § 58 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „muss sichergestellt sein, dass die Programme geprüft und vom Oberkirchenrat freigegeben sind“ durch die Wörter „sind die vom Oberkirchenrat festgelegten Verfahren und Programme“ ersetzt.

einzusetzen; der Oberkirchenrat kann ausnahmsweise andere geprüfte Verfahren und Programme freigeben“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „an die Datensicherheit nach der Anlage zu § 9 des Kirchengesetzes über den Datenschutz“ durch die Wörter „des Datenschutzrechts“ ersetzt.

m) In § 59 Absatz 5 werden die Wörter „Kostenstellen und Kostenträger“ durch das Wort „Haushaltsstellen“ ersetzt.

n) § 61 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 werden nach dem Wort „erfolgen“ folgende Wörter eingefügt: „, sofern die Farbe für das Verständnis des Inhalts von Bedeutung ist“.

bb) Nach Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:
„Das vom Oberkirchenrat festgelegte Verfahren ist zu beachten.“

o) In § 67 Absatz 4 Satz 2 wird das Wort „Investitionsbeiträge“ durch das Wort „Investitionszuschüsse“ ersetzt.

p) § 72 wird wie folgt geändert:

aa) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 72
Sondervermögen, Einrichtungen
und Wirtschaftsbetriebe“**

bb) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Sonderhaushaltsplan“ die Wörter „und dem Wirtschaftsplan“ eingefügt.

q) § 80 wird wie folgt geändert:

aa) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Aktivseite:

0. Ausgleichsposten Rechnungsumstellung,
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital

I. Anlagevermögen

1. Immaterielle Vermögensgegenstände
2. Sachanlagen
3. Finanzanlagen

II. Umlaufvermögen

1. Vorräte
2. Forderungen

3. Wertpapiere

4. Kassenbestand, Bundesbankguthaben,
Guthaben bei Kreditinstituten und
Schecks

III. Ausgleichsposten aus der Darlehens-
und Eigenmittelförderung

IV. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

V. Sonderposten für geleistete Investi-
tionszuschüsse

VI. Aktive latente Steuern

VII. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der
Vermögensverrechnung

VIII. Nicht durch Eigenkapital gedeckter
Fehlbetrag (Nettoposition)“

bb) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Passivseite:

I. Eigenkapital

1. Basiskapital
2. Vermögensgrundstock
3. Stiftungskapital
4. Substanzerhaltungskapital, soweit
nicht Teil des Vermögensgrundstocks
5. Rücklagen
6. Fehlbeträge des ordentlichen
Ergebnisses

II. Sonderposten

1. für Investitionszuweisungen
2. für Investitionszuschüsse
3. für Sonstiges

III. Rückstellungen

1. Lohn- und Gehaltszahlung für Zeiten
der Freistellung von der Arbeit im
Rahmen von Altersteilzeitarbeit und
ähnlichen Maßnahmen
2. Drohende Verpflichtungen aus
Bürgschaften, Gewährleistungen und
anhängigen Gerichtsverfahren
3. Pensions- und Beihilfeverpflichtun-
gen auf Grund von pfarrdienstrecht-
lichen, beamtenrechtlichen und
vertraglichen Ansprüchen
4. Clearingverfahren
5. Drohende Verluste aus schwebenden
Geschäften
6. Sonstige Rückstellungen

- IV. Verbindlichkeiten
1. Verbindlichkeiten gegenüber dem kirchlichen Bereich
 2. Verbindlichkeiten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung
 3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen
 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
 5. Sonstige Verbindlichkeiten

- V. Ausgleichsposten aus der Darlehensförderung

- VI. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

- VII. Passive latente Steuern“

- r) An § 85 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Das Haushaltsvolumen gemäß Satz 2 ist die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus dem Ergebnishaushalt abzüglich der Aufwendungen, die durch Zuwendungen Dritter für eigenständige Bereiche gedeckt sind.“
- s) In § 88 Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „auf“ durch das Wort „aus“ ersetzt.
- t) In § 89 Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Haushaltsvolumen“ die Wörter „gemäß Satz 1“ eingefügt.
- u) § 108 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden die Wörter „zunächst als Vorschuss zu buchen“ durch die Angabe „vorläufig als durchlaufende Auszahlung zu behandeln (§ 48 Absatz 1)“ ersetzt.
- bb) In Satz 4 werden die Wörter „zunächst als Verwahrgeld zu buchen“ durch die Angabe „vorläufig als durchlaufende Einzahlung zu behandeln (§ 48 Absatz 2)“ ersetzt.
- v) In § 110 Absatz 3 Nummer 6 werden die Wörter „Vorschüsse und die Verwahrgelder“ durch die Angabe „vorläufigen Rechnungsvorgänge (§ 48)“ ersetzt.
- w) § 115 Nummer 11 wird aufgehoben.
2. Artikel 5 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Zahl „2019“ durch die Zahl „2020“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird die Zahl „2018“ durch die Zahl „2019“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird die Zahl „2022“ durch die Zahl „2024“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 71“ durch die Angabe „§ 68“ ersetzt.
- d) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 76“ durch die Angabe „§ 74“ ersetzt.
- e) Folgender Absatz 7 wird angefügt:
- „(7) Artikel 1 § 76 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 findet auf die Ergebnisrechnungen, Finanzrechnungen und Bilanzen, die erstmals nach diesem Gesetz aufgestellt werden, keine Anwendung.“

Artikel 2

Änderung des Kirchlichen Gesetzes zur Änderung der Haushaltsordnung

In Artikel 2 Absatz 1 des Kirchlichen Gesetzes zur Änderung der Haushaltsordnung vom 8. Juli 2017 (Abl. 67 S. 409, 410) wird die Zahl „2019“ durch die Zahl „2020“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Kirchlichen Gesetzes zur Änderung des Kirchlichen Gesetzes über das Rechnungsprüfamt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und des Kirchlichen Gesetzes zur Einführung eines neuen Finanzmanagements in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

In Artikel 4 Satz 2 des Kirchlichen Gesetzes zur Änderung des Kirchlichen Gesetzes über das Rechnungsprüfamt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und des Kirchlichen Gesetzes zur Einführung eines neuen Finanzmanagements in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vom 8. Juli 2017 (Abl. 67 S. 410, 412) wird die Zahl „2019“ durch die Zahl „2020“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 31. Dezember 2018 in Kraft.

Stuttgart, 11. Dezember 2018

D r . h . c . F r a n k O . J u l y

Verordnung des Oberkirchenrats zur Änderung der Urlaubs- und Stellvertretungsverordnung

vom 16. Oktober 2018
AZ 21.00 Nr. 21.05-05-V14

Auf Grund von § 25 Absatz 4 Kirchenverfassungsgesetz, § 117 Absatz 1 Pfarrdienstgesetz der EKD und § 35 Absatz 1 Satz 1 Württembergisches Pfarrergesetz wird in Ausführung von § 7 Absatz 2 und § 13 Absatz 1 Württembergisches Pfarrergesetz, § 52 und § 53 Pfarrdienstgesetz der EKD, § 9 Absatz 2 Satz 4, § 14 und § 17 Württembergisches Pfarrergesetz verordnet:

Artikel 1 Änderung der Urlaubs- und Stellvertretungsverordnung

In Nr. 17.5 der Urlaubs- und Stellvertretungsverordnung vom 21. Februar 1978 (Abl. 48 S. 74), die zuletzt durch Verordnung vom 17. April 2018 (Abl. 68 S. 56) geändert wurde, werden nach dem Wort „Wahrnehmung“ die Wörter „eines Dienstauftrags im Umfang von 25 Prozent eine monatliche Pauschalvergütung in Höhe von 250 Euro, bei Wahrnehmung“ eingefügt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

W e r n e r

Verordnung des Oberkirchenrats zur Änderung der Verordnung über Pfarrstellen mit einge- schränktem Dienstauftrag

vom 20. November 2018

Aufgrund von § 25 Absatz 4 Kirchenverfassungsgesetz, § 117 Pfarrdienstgesetz der EKD und § 35 Absatz 1 Satz 1 Württembergisches Pfarrergesetz wird gemäß § 71 Absatz 2 Pfarrdienstgesetz der EKD, § 24 Absatz 2 Württembergisches Pfarrergesetz verordnet:

Artikel 1 Änderung der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag

In der Anlage der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag vom 13. September 1994 (Abl. 56 S. 182), zuletzt geändert durch Verordnung des Oberkirchenrats vom 30. Oktober 2018 (Abl. 67 S.), wird unter dem Kirchenbezirk Ditzingen nach der Angabe „Gerlingen Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle) 50“ die Angabe „Gerlingen Matthäuskirche 50“ eingefügt.

Artikel 2 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

(2) War eine Pfarrstelle nach der Anlage zu der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag in der am Tag vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gültigen Fassung für einen eingeschränkten Dienstauftrag vorgesehen oder umfasste sie einen vollen Dienstauftrag, bleibt es bis zum Freiwerden dieser Pfarrstelle bei dem Dienstauftrag im bisherigen Umfang, es sei denn der Stelleninhaber stimmt einer Veränderung zu.

W e r n e r

Verordnung des Oberkirchenrats zur Änderung der Verordnung über Pfarrstellen mit einge- schränktem Dienstauftrag

vom 30. Oktober 2018
AZ 21.00-1 Nr. 21.11-03-V13

Aufgrund von § 25 Absatz 4 Kirchenverfassungsgesetz, § 117 Pfarrdienstgesetz der EKD und § 35 Absatz 1 Satz 1 Württembergisches Pfarrergesetz wird gemäß § 71 Absatz 2 Pfarrdienstgesetz der EKD, § 24 Absatz 2 Württembergisches Pfarrergesetz verordnet:

Artikel 1 Änderung der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag

Die Anlage der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag vom 13. September 1994

(Abl. 56 S. 182), zuletzt geändert durch Verordnung des Oberkirchenrats vom 4. Juli 2017 (Abl. 67 S. 404), wird wie folgt gefasst:

**„Anlage
Pfarrstellen mit eingeschränktem
Dienstauftrag sind:**

Kirchenbezirk bzw. Kirchenkreis	Pfarrstelle	Umfang des eingeschränkten Dienstauftrags
Backnang	Backnang Matthäuskirche II	50
Backnang	Backnang-Sachsenweiler	75
Backnang	Kleinaspach	75
Bad Urach-Münsingen	Bad Urach Dietrich-Bonhoeffer-Haus	75
Bad Urach-Münsingen	Bad Urach Reha-Seelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Bad Urach-Münsingen	Dettingen an der Erms Buchhalde	50
Bad Urach-Münsingen	Glems	50
Bad Urach-Münsingen	Hayingen	75
Bad Urach-Münsingen	Kohlstetten	50
Bad Urach-Münsingen	Laichingen Ost	75
Bad Urach-Münsingen	Münsingen Martinskirche III	75
Bad Urach-Münsingen	Upfingen	50
Balingen	Balingen Krankenhausseelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Balingen	Ebingen Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Balingen	Hechingen West	50
Bernhausen	Bonlanden Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Bernhausen	Bonlanden Nord	50
Bernhausen	Nellingen am Martin-Luther-Haus	50
Bernhausen	Ostfildern Dietrich-Bonhoeffer-Kirche II	50
Bernhausen	Plattenhardt II	50
Bernhausen	Ruit II	50
Bernhausen	Ruit Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Besigheim	Besigheim III - Ottmarsheim	75
Besigheim	Bietigheim Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Besigheim	Bönnigheim II	50
Besigheim	Freudental	50
Biberach	Bad Buchau	50
Biberach	Bad Buchau Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Biberach	Biberach Diakonie (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Biberach	Biberach Krankenhaus- und Hochschuleseelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	75
Biberach	Oberholzheim-Holzstöcke	50
Biberach	Riedlingen Ost	50
Blaubeuren	Scharenstetten	50
Böblingen	Böblingen Martin-Luther-Kirche Süd	50
Böblingen	Waldenbuch II	50
Brackenheim	Frauenzimmern-Eibensbach	50
Brackenheim	Schwaigern II	50
Crailsheim	Crailsheim Johanneskirche Ost	50
Crailsheim	Hummelsweiler	75
Ditzingen	Gerlingen Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Ditzingen		50
Ditzingen	Gerlingen Petruskirche West	50
Ditzingen	Kallenberg-Münchingen Nord	50

Ditzingen	Markgröningen Krankenhauspfarrstelle I (Sonderpfarrstelle)	50
Ditzingen	Markgröningen Krankenhauspfarrstelle II (Sonderpfarrstelle)	50
Ditzingen	Schwieberdingen Süd	50
Esslingen	Aichwald II	50
Esslingen	Esslingen Jugend (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Esslingen	Esslingen Krankenhauspfarrstelle II (Sonderpfarrstelle)	50
Esslingen	Esslingen St. Bernhardt	50
Esslingen	Esslingen Südkirche und Citykirche	75
Esslingen	Esslingen Sulzgries Nord	50
Gaildorf	Frickenhofen	75
Gaildorf	Münster am Kocher	50
Geislingen a.d. Steige	Amstetten	75
Geislingen a.d. Steige	Geislingen Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Göppingen	Adelberg	50
Göppingen	Albershausen	50
Göppingen	Bartenbach	50
Göppingen	Eschenbach	50
Göppingen	Göppingen Schuldekanstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Göppingen	Jebenhausen	50
Göppingen	Uhingen Süd	50
Heidenheim	Heuchlingen-Heldenfingen	75
Heidenheim	Zang-Königsbronn II	50
Heilbronn	Bonfeld	50
Heilbronn	Flein II	75
Heilbronn	Heilbronn Emmaus-Ost	50
Heilbronn	Heilbronn Friedenskirche II	75
Heilbronn	Heilbronn Jugend (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Heilbronn	Heilbronn Nikolaikirche	50
Heilbronn	Klingenberg	50
Heilbronn	Neckargartach Süd	50
Herrenberg	Gärtringen Ost	75
Herrenberg	Rohrau	50
Kirchheim unter Teck	Dettingen unter Teck II	50
Kirchheim unter Teck	Holzmaden	75
Kirchheim unter Teck	Kirchheim unter Teck Christuskirche	75
Kirchheim unter Teck	Nabern	50
Künzelsau	Hollenbach	50
Leonberg	Eltingen Ost	75
Leonberg	Flacht	75
Leonberg	Leonberg Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Leonberg	Münklingen	50
Leonberg	Rutesheim/Silberberg Thomaskirche	50
Leonberg	Schafhausen	50
Ludwigsburg	Eglosheim West	50
Ludwigsburg	Freiberg a.N. Amanduskirche	50
Ludwigsburg	Ludwigsburg Jugend (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Ludwigsburg	Ludwigsburg Krankenhauspfarrstelle II (Sonderpfarrstelle)	50
Ludwigsburg	Möglingen Nord	50
Ludwigsburg	Oßweil Ost	75
Marbach a.N.	Auenstein	50
Mühlacker	Lomersheim	50
Mühlacker	Pinache-Serres	50
Mühlacker	Schützingen	50
Nagold	Ober- und Unterschwandorf	75
Nagold	Schietingen-Vollmaringen	50
Neuenbürg	Bad Wildbad Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Neuenstadt a.K.	Erlenbach	50
Neuenstadt a.K.	Kochendorf III	75

Neuenstadt a.K.	Kochendorf Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Neuenstadt a.K.	Roigheim	50
Nürtingen	Aich-Neuenhaus II	50
Nürtingen	Altdorf	50
Nürtingen	Nürtingen Lutherkirche	50
Nürtingen	Raidwangen	50
Nürtingen	Reudern	75
Nürtingen	Zizishausen	50
Öhringen	Langenbeutingen	50
Ravensburg	Atzenweiler	50
Ravensburg	Bad Waldsee II	50
Ravensburg	Bad Waldsee Kurseelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Ravensburg	Isny II	50
Ravensburg	Oberteuringen	50
Ravensburg	Ravensburg übergemeindliche Diakonie (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	75
Ravensburg	Wangen i. A. Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Ravensburg	Weingarten Hochschuleelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Reutlingen	Altenburg	50
Reutlingen	Bronnweiler	50
Reutlingen	Mägerkingen	50
Reutlingen	Oferdingen	75
Reutlingen	Pfullingen Ost	50
Reutlingen	Reutlingen Citykirche (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Reutlingen	Reutlingen (Ges.Kgde.) Hochschulpfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Reutlingen	Reutlingen Katharinenkirche	50
Reutlingen	Reutlingen Krankenhauspfarrstelle II (Sonderpfarrstelle)	50
Reutlingen	Reutlingen Kreuzkirche I	50
Reutlingen	Reutlingen Marienkirche II (vorgesehen: Umwandlung in gemeindebezogene Sonderpfarrstelle und Umbenennung in Reutlingen Stadtkirchenarbeit)	50
Reutlingen	Reutlingen West - Betzingen 2	50
Reutlingen	Sondelfingen Ost	50
Schorndorf	Beutelsbach Ost	50
Schorndorf	Schorndorf Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Schorndorf	Plüderhausen II	50
Schorndorf	Winterbach Süd	50
Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	75
Schwäbisch Gmünd	Lorch Süd	50
Schwäbisch Gmünd	Mögglingen	50
Schwäbisch Hall	Braunsbach Süd	50
Schwäbisch Hall	Enslingen	50
Schwäbisch Hall	Gnadental	50
Schwäbisch Hall	Mainhardt II	50
Schwäbisch Hall	Obersteinach	75
Schwäbisch Hall	Steinbach	50
Stuttgart	Bad Cannstatt Krankenhauspfarrstelle III (Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Bad Cannstatt Sommerrainkirche	75
Stuttgart	Hohenheim Hochschuleelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Möhringen III (vorgesehen: Umbenennung in Möhringen Süd)	50
Stuttgart	Münster I	50
Stuttgart	Rohr-Dürrlewang II	75
Stuttgart	Sillenbuch II	50
Stuttgart	Stammheim II	50
Stuttgart	Stuttgart Asyl (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Stuttgart Heilandskirche	50

Stuttgart	Stuttgart Krankenhauspfarrstelle III (Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Stuttgart Krankenhauspfarrstelle IV (Sonderpfarrstelle)	75
Stuttgart	Stuttgart Krankenhauspfarrstelle VI (Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Stuttgart Krankenhauspfarrstelle VIII (Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Stuttgart Krankenhauspfarrstelle IX (Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Stuttgart Krankenhauspfarrstelle XII (Sonderpfarrstelle)	50
Stuttgart	Stuttgart Nord III Martinskirche	75
Stuttgart	Stuttgart Waldkirche	50
Stuttgart	Zazenhausen	50
Sulz/Neckar	Schramberg-Lauterbach	50
Tübingen	Bodelshausen II	50
Tübingen	Kilchberg-Bühl	50
Tübingen	Lustnau Nord	75
Tübingen	Pliezhausen-Dörnach II	50
Tübingen	Talheim	50
Tübingen	Tübingen Dietrich-Bonhoeffer-Kirche I	50
Tübingen	Tübingen Eberhardskirche Ost	75
Tübingen	Tübingen Krankenhauspfarrstelle II (Sonderpfarrstelle)	75
Tübingen	Tübingen Krankenhauspfarrstelle V (Sonderpfarrstelle)	50
Tübingen	Tübingen Krankenhauspfarrstelle VII (Sonderpfarrstelle)	50
Tübingen	Tübingen Martinskirche Berg	50
Tübingen	Tübingen Stiftskirche West	50
Tübingen	Unterjesingen	50
Tübingen	Walddorfhäslach II	50
Tübingen	Wankheim-Jettenburg	50
Tübingen	Wolfenhausen-Nellingsheim	50
Tuttlingen	Geisingen	50
Tuttlingen	Rottweil Krankenhauseelsorge (gemeindebezogene Sonderpfarrstelle)	75
Tuttlingen	Schwenningen Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Tuttlingen	Schwenningen Johanneskirche II	75
Tuttlingen	Tuttlingen Krankenhauspfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Tuttlingen	Wurmlingen Erlöserkirche	75
Ulm	Dornstadt Altenheimpfarrstelle (Sonderpfarrstelle)	50
Ulm	Ulm Krankenhauspfarrstelle II (Sonderpfarrstelle)	50
Vaihingen an der Enz	Unterriexingen	50
Waiblingen	Beinstein	50
Waiblingen	Fellbach Lutherkirche West	50
Waiblingen	Rommelshausen West	50
Waiblingen	Schmiden II	50
Waiblingen	Schwaikheim Jakobus-Haus	50
Waiblingen	Stetten im Remstal II	50
Waiblingen	Waiblingen Martin-Luther-Kirche	50
Weinsberg	Lehrensteinsfeld	75
Weinsberg	Schwabbach	50
Weinsberg	Unterheimbach	50

Landeskirchliche Sonderpfarrstellen ohne Residenzpflicht

Bibelmuseum	50
Christlich-Jüdisches Gespräch	75
Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung (Prälatur Ulm)	50
Evangelische Akademie Bad Boll Studienleitung Bildungspolitik und Pädagogik	50
Evangelische Hochschule Ludwigsburg Dozent 3	75
Evangelische Hochschule Ludwigsburg Dozent 5	50

Evangelischer Oberkirchenrat Fachreferent/in für Ethik und Weltanschauung	50
Evangelischer Oberkirchenrat Fachreferent/in für Jugendarbeit	50
Evangelischer Oberkirchenrat Fachreferent/in für Ökumene	50
Evangelischer Oberkirchenrat Fachreferent/in für PfarrPlan und Geschäftsordnungen	70
Evangelischer Oberkirchenrat Fachreferent/in für Seelsorge	50
Evangelischer Oberkirchenrat Fachreferent/in für Theologiestudium	50
Evangelischer Oberkirchenrat Leitung Geschäftsstelle Kollegium, Koordination und Planung und persönlicher Referent des Direktors	50
Evangelischer Oberkirchenrat Personalentwicklungsstelle für erforderliche Strukturverbesserungen	50
Friedensarbeit	50
Seelsorge an Gehörlosen in der Evang. Landeskirche Württemberg II	50
Seelsorge an Schwerhörigen in der Evang. Landeskirche Württemberg	75
Gefangenenseelsorge an der JVA Ulm (Sonderpfarrstelle)	50
Geistliche Begleitung aller Mitarbeitenden	50
Heilbronn Jugendpfarrstelle (Prälatur)	50
Islambeauftragte/r	75
Jugendarbeit	50
KSA Studienleitung Seelsorgefortbildung	50
Landeskirchliche/r Sportbeauftragte/r	50
Männerarbeit	50
Pfarrseminar Studienleitung Vertiefung	50
PTZ Evangelische Schulseelsorge – Begleitung von Lehrkräften	50
Reutlingen Jugendpfarrstelle (Prälatur)	50
Stift Urach Theologische Begleitung	50
Studienleitung für Gesundheitspolitik und Medizinethik bei der Akademie Bad Boll	50
Stuttgart Jugendpfarrstelle (Prälatur)	50
Ulm Jugendpfarrstelle (Prälatur)	50“

**Artikel 2
Inkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.
- (2) War eine Pfarrstelle nach der Anlage zu der Verordnung über Pfarrstellen mit eingeschränktem Dienstauftrag in der am Tag vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gültigen Fassung für einen eingeschränkten Dienstauftrag vorgesehen oder umfasste sie einen vollen Dienstauftrag, bleibt es bis zum Freiwerden dieser Pfarrstelle bei dem Dienstauftrag im bisherigen Umfang, es sei denn der Stelleninhaber stimmt einer Veränderung zu.

Dienstnachrichten

[Redacted content]

W e r n e r

[Redacted content]

Der Landesbischof hat

in den Ruhestand versetzt

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Arbeitsrechtsregelungen

Beschluss der Arbeitsrechtlichen Kommission
vom 19. Oktober 2018

⇒ **Änderung der Arbeitsrechtlichen Regelung zur Entgeltumwandlung für die freiwillige betriebliche Altersvorsorge:**

I. Die Kirchliche Anstellungsordnung (KAO) vom 10. November 2006 (Abs. 62 S. 253), zuletzt geändert durch Beschluss vom 19. Oktober 2018, wird wie folgt geändert:

Die Anlage 1.6.3 erhält folgende neue Fassung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Arbeitsrechtsregelung findet für alle Beschäftigten gemäß § 1 a Abs. 1 KAO, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie sonstigen Beschäftigte (im folgenden Beschäftigte genannt) Anwendung, die Entgeltumwandlung nach § 1 a i. V. m. § 17 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz) beanspruchen können und die bei kirchlichen und diakonischen Anstellungsträgern im Bereich der Evang. Landeskirche in Württemberg tätig sind, in denen die Kirchliche Anstellungsordnung Anwendung findet.

§ 2

Entgeltumwandlung

(1) Beschäftigte haben Anspruch darauf, dass künftige Entgeltansprüche durch Entgeltumwandlung für eine freiwillige Versicherung in der betrieblichen Altersversorgung verwendet werden. Nach § 1 a BetrAVG können die Beschäftigten verlangen, dass von ihren zukünftigen Entgeltansprüchen bis zu 4 % der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung (West) für die betriebliche Altersversorgung verwendet werden. Die Entgeltumwandlung darf 1/160 der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV nicht unterschreiten.

(1 a) Beschäftigte müssen im ersten Dienstverhältnis beschäftigt sein. Ein erstes Dienstverhältnis liegt vor, wenn für die Beschäftigung Steuerklasse 1 bis 5 gewählt wird oder bei Pauschalversteuerung keine andere Beschäftigung mit Steuerklasse 1 bis 5 ausgeübt wird; werden nur pauschalversteuerte

Beschäftigungen ausgeübt, muss der Beschäftigte schriftlich erklären, dass es sich bei dem Beschäftigungsverhältnis um das erste Dienstverhältnis handelt.

(1 b) Berechtig sind auch geringfügig entlohnte Beschäftigte, für die Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung besteht (z. B. wegen eines Antrags auf Befreiung von der Rentenversicherungsspflicht).

(2) Der Höchstbetrag für die Entgeltumwandlung nach Abs. 1 kann nur auf Antrag überschritten werden.

(3) Beschäftigte, deren Arbeitgeber der Rechtsaufsicht der Landeskirche unterliegen, haben Anspruch, die Entgeltumwandlung zu einem der folgenden Versicherungsgeber entsprechend den zwischen der Landeskirche und dem Versicherungsgeber für die Entgeltumwandlung vereinbarten Bedingungen abzuschließen:

- a) zur Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg und
- b) zu einem der mindestens vier Versicherungsgeber (Versicherungsunternehmen), mit dem die Evangelische Landeskirche in Württemberg einen Rahmenvertrag zur freiwilligen betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen hat.

Der Abschluss, die Schließung oder Kündigung eines Rahmenvertrages durch den Evang. Oberkirchenrat erfolgt im Einvernehmen mit der Landeskirchlichen Mitarbeitervertretung. Kann das Einvernehmen nicht hergestellt werden, entscheidet darüber die Arbeitsrechtliche Kommission – Landeskirche und Diakonie in Württemberg auf Antrag.

Protokollnotiz (KAO) zu § 2 Abs. 1 und § 2 Abs. 3 b):

Verträge zur Entgeltumwandlung, die vor dem 1. September 2016 nach der Arbeitsrechtsregelung vom 27. September 2002 (Abl. 60 S.187) bzw. vom 1. August 2008 (Abl. 63 S.147) abgeschlossen wurden, bleiben unberührt. Dies gilt auch bei einem unmittelbaren Arbeitgeberwechsel innerhalb des Anwendungsbereichs der Kirchlichen Anstellungsordnung gemäß § 1 a Absatz 1 KAO. Unterbrechungen von bis zu 6 Monaten sind unschädlich.

(4) Die auf Entgeltumwandlung beruhenden Versorgungsanwartschaften behält der Beschäftigte ab Beginn (sofortige Unverfallbarkeit). Dies gilt auch für die auf Arbeitgeberzuschüssen zur Entgeltum-

wandlung beruhende Anwartschaft (vertragliche Unverfallbarkeit). Anwartschaften, die aus dem (künftigen) gesetzlichen Mindestzuschuss resultieren, sind ebenfalls ab Beginn unverfallbar (sofortige Unverfallbarkeit).

§ 2 a

Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung

(1) Beschäftigte, die einen Anspruch auf Entgeltumwandlung haben, erhalten auf den Brutto-Entgeltumwandlungsbetrag einen monatlichen Arbeitgeberzuschuss. Dieser fließt direkt in die Direktversicherung bzw. direkt an den Versorgungsträger. Maximal erhalten sie einen Zuschuss auf den Umwandlungsbetrag, der 8 % der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung nicht übersteigt. Es ist nicht erforderlich, dass die Entgeltumwandlung im Einzelfall tatsächlich zu einer Ersparnis von Sozialversicherungsbeiträgen führt. Der Zuschuss beträgt 15 % des Betrages, der vom Beschäftigten monatlich brutto umgewandelt wird.

(2) Der Anspruch auf den Arbeitgeberzuschuss entsteht frühestens für den Kalendermonat, für den der Beschäftigte die entsprechende Entgeltumwandlung bis zum 15. des laufenden Monats schriftlich vereinbart hat. Der Arbeitgeberzuschuss wird nur für Kalendermonate gewährt, für die dem Beschäftigten Entgeltansprüche zustehen, die umgewandelt werden.

(3) Zuschüsse werden ab dem 1. Januar 2019 geleistet. Das gilt für Entgeltumwandlungsvereinbarungen ab dem 1. Januar 2019. Das gilt auch für am 1. Januar 2019 schon bestehende Entgeltumwandlungsvereinbarungen. Können Arbeitgeberzuschüsse zur Entgeltumwandlung nicht beitrags erhöhend in einen bestehenden Versicherungsvertrag (z. B. Direktversicherung) eingezahlt werden oder der Versicherer arbeitet grundsätzlich nicht mit der Ecclesia zusammen, wird entweder

- a) der Entgeltumwandlungsbetrag bei gleichbleibendem Gesamtbeitrag um den Zuschuss reduziert (nämlich auf den bisherigen Gesamtbeitrag, geteilt durch 1,15) oder wenn a) nicht möglich ist
- b) ein zweiter Einzelvertrag eingerichtet, in den die Arbeitgeberzuschüsse eingezahlt werden.

(4) Der nach dieser Arbeitsrechtsregelung vereinbarte Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung wird mit einem (künftigen) gesetzlichen Mindest-Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung ver-

rechnet. Ist der Arbeitgeberzuschuss nach dieser Arbeitsrechtsregelung höher, wird insgesamt nur dieser gezahlt. Ist der gesetzliche Zuschuss höher, wird nur dieser gezahlt.

§ 3

Fortführung bestehender Entgeltumwandlungen und Übertragung von Versorgungsanwartschaften vorausgehender Beschäftigungsverhältnisse

(1) Der Arbeitgeber kann aufgrund einer Einzelfallprüfung die Übernahme einer bestehenden Versorgungszusage im Einvernehmen der Beteiligten zulassen, insbesondere wenn die Versorgung in einem schon bestehenden Rahmenvertrag weitergeführt werden kann.

(2) Eine einvernehmliche Übertragung des gebildeten Kapitals auf einen Versicherungsvertrag beim Arbeitgeber ist zulässig. Der gesetzliche Anspruch auf eine Übertragung des gebildeten Kapitals auf einen Versicherungsvertrag beim Arbeitgeber bleibt unberührt.

§ 4

Umwandelbare Arbeitsentgeltbestandteile

(1) Es können nur monatliche Beträge aus laufendem, regelmäßigem Entgelt umgewandelt werden.

(2) Zusätzlich zu den monatlichen Beiträgen kann im Jahr des Beginns der Entgeltumwandlung die Umwandlung eines einmaligen Betrages verlangt werden.

§ 5

Verfahren der Entgeltumwandlung

(1) Über die Entgeltumwandlung ist auf Antrag der Beschäftigten eine schriftliche Vereinbarung zu treffen.

(2) Der Anspruch auf Entgeltumwandlung ist mindestens einen Monat vor Beginn schriftlich beim Arbeitgeber geltend zu machen. Dies gilt nicht bei Beginn des Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisses. Eine Änderung, Beendigung oder Beitragsfreistellung der Entgeltumwandlung muss ebenfalls mindestens einen Monat vorher schriftlich beim Arbeitgeber eingegangen sein.

(3) Bei der Geltendmachung nach Absatz 2 ist anzugeben,

1. in welchem Umfang die Entgeltansprüche umgewandelt werden sollen und

2. wann die Entgeltumwandlung beginnen soll.

(4) Die Beschäftigten sind für die Dauer von zwölf Monaten an ihre Entscheidung gebunden. Hiervon ausgenommen ist die Beendigung oder Beitragsfreistellung einer Entgeltumwandlung.

§ 6

Inkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Arbeitsrechtsregelung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

(2) Die bisherige Arbeitsrechtliche Regelung zur Entgeltumwandlung für die freiwillige betriebliche Altersvorsorge tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft.

II. Die Regelung tritt zum 1. Januar 2019 in Kraft.

⇒ Übernahme des Tarifvertrages über die einmalige Sonderzahlung 2018 (TV Sonderzahlung 2018):

I. Die Kirchliche Anstellungsordnung (KAO) vom 10. November 2006 (Abs. 62 S. 253), zuletzt geändert durch Beschluss vom 19. Oktober 2018, wird wie folgt geändert:

Der Tarifvertrag über die einmalige Sonderzahlung 2018 (TV Sonderzahlung 2018) wird mit folgender Maßgabe übernommen:

Die einmalige Sonderzahlung 2018 ist im Monat Dezember 2018 fällig.

II. Die Regelung gemäß I. tritt zum 1. März 2018 in Kraft.

⇒ **Übernahme einzelner Bestimmungen von Tarifverträgen (TVÜ-Bund/TVÜ-VKA):**

A Änderungen der KAO

I. Die Anlage 1.2.2 zur KAO wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgende Protokollnotiz (AR-Ü) eingefügt:

„Protokollnotiz (AR-Ü) zu Absatz 3 Satz 6:

Für die Veränderung der Beträge der individuellen Endstufen ab 1. März 2018, ab 1. April 2019 und ab 1. März 2020 gelten folgende Prozentsätze:

a) Anlage A (VKA/Bund) zum TVöD

Entgeltgruppe	ab 1. März 2018	ab 1. April 2019	ab 1. März 2020
15	2,89%	2,81%	0,96%
14	2,94%	2,85%	0,98%
13	2,89%	2,81%	0,96%
12	2,89%	2,81%	0,96%
11	2,89%	2,81%	0,96%
10	2,89%	2,81%	0,96%
9 c	3,19%	3,09%	1,06%
9 b	2,89%	2,81%	0,96%
9 a	3,52%	3,40%	1,16%
8	2,99%	2,90%	0,99%
7	2,89%	2,81%	0,96%
6	3,09%	3,00%	1,03%
5	3,16%	3,07%	1,05%
4	3,02%	2,93%	1,00%
3	3,13%	3,03%	1,04%
2	3,43%	3,31%	1,13%
1	4,33%	4,15%	1,41%

b) Anlage C (VKA) zum TVöD

Entgeltgruppe	ab 1. März 2018	ab 1. April 2019	ab 1. März 2020
S 18	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 17	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 16	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 15	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 14	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 13	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 12	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 11b	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 11 a	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 9	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 8 b	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 8 a	3,11%	3,02 %	1,03 %

S 7	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 7	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 4	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 3	3,11%	3,02 %	1,03 %
S 2	3,11%	3,02 %	1,03 %

c) Anlage E (VKA) zum TVöD

Entgeltgruppe	ab 1. März 2018	ab 1. März 2019	ab 1. März 2020
P 16	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 15	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 14	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 13	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 12	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 11	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 10	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 9	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 8	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 7	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 6	2,90%	3,29 %	1,04 %
P 5	2,90%	3,29 %	1,04 %

Die Beträge der individuellen Endstufen der Entgeltgruppen 2Ü und 15Ü erhöhen sich um folgende Prozentsätze: ab 1. März 2018 um 3,19 Prozent, ab 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und ab 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.“

2. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 4 wird folgende Protokollnotiz eingefügt:

„Protokollnotiz (AR-Ü) zu § 24 Absatz 4 Satz 7:

Entgeltgruppe	ab 1. März 2018	ab 1. April 2019	ab 1. März 2020
S 13 Ü	3,11 %	3,02 %	1,03 %
S 10	3,14 %	3,04 %	1,04 %

1. Die Vergleichsentgelte erhöhen sich am 1. März 2018 um 3,19 Prozent, am 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und am 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.“

2. Für die Veränderung der Beträge der individuellen Endstufen ab 1. März 2018, ab 1. April 2019 und ab März 2020 gilt Buchstabe b) der Protokollerklärung zu § 6 Absatz 4 Satz 6. Für die Veränderung der Beträge der individuellen Endstufen der Entgeltgruppen S 10 und S 13Ü gelten ab 1. März 2018, ab 1. April 2019 und ab 1. März 2020 folgende Prozentsätze:

3. Die Tabelle in Satz 1 der Protokollnotiz AR-Ü zu § 24 a Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
gültig vom 1. März 2018 bis zum 31. März 2019	2.799,37	3.088,63	3.233,27	3.662,14	4.009,74	4.295,24
gültig vom 1. April 2019 bis zum 29. Februar 2020	2.884,47	3.182,52	3.331,56	3.773,47	4.131,64	4.425,82
gültig ab 1. März 2020	2.914,47	3.215,62	3.366,21	3.812,71	4.174,61	4.471,85

B Übernahme einzelner Bestimmungen von Tarifverträgen

Folgende Bestimmungen aus den nachfolgenden Tarifverträgen werden in die KAO übernommen:

I. Änderungstarifvertrag Nr. 13 vom 18. April 2018 zum Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Bundes in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Bund) vom 13. September 2005

Der Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Bundes in den TVöD und zu Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Bund) vom 13. September 2005, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr.12 vom 7. Februar 2017, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 5 Absatz 5 wird Satz 2 gestrichen.
- 2. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen.
- 3. § 8 wird wie folgt geändert:

Die Protokollerklärung Nummer 2 zu Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„2. Die individuelle Zwischenstufe verändert sich bei allgemeinen Entgeltanpassungen nach dem 31. Dezember 2009 um den von den Tarifvertragsparteien für die jeweilige Entgeltgruppe festgelegten Vomhundertsatz; sie erhöht sich am 1. März 2018 um 3,19 Prozent, ab 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und ab 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.“

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5
gültig ab 1. März 2018	5.693,25 €	6.318,54 €	6.910,89 €	7.305,82 €	7.397,96 €
gültig ab 1. April 2019	5.869,17 €	6.513,78 €	7.124,44 €	7.531,57 €	7.626,56 €
gültig ab 1. März 2020	5.931,38 €	6.582,83 €	7.199,96 €	7.611,40 €	7.707,40 €

4. Die Protokollerklärung zu § 9 Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Protokollerklärungen zu Absatz 4 Sätze 1 und 2“

- b) Der bisherige Wortlaut wird Nummer 1.
- c) Folgende Nummer wird angefügt:

„2. Die Besitzstandszulage erhöht sich am 1. März 2018 um 3,19 Prozent, ab 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und ab 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.“

- 5. In § 10 wird die Protokollerklärung zu Satz 9 gestrichen.
- 6. An § 11 Absatz 2 wird folgende Protokollerklärung angefügt:

„Protokollerklärung zu Absatz 2 Satz :

Der Betrag der Besitzstandszulage erhöht sich am 1. März 2018 um 3,19 Prozent, ab 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und ab 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.“

- 7. In § 12 Absatz 4 wird der Satz 2 gestrichen.
- 8. § 19 wird wie folgt geändert:
 - a) § 19 Absatz 2 Satz 3 wird die Tabelle wie folgt gefasst:

- b) Absatz 2 a wird gestrichen.

II. Änderungstarifvertrag Nr. 15 vom 18. April 2018 zum Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-VKA) vom 13. September 2005

Der Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-VKA) vom 13. September 2005, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 14 vom 17. Juli 2017, wird wie folgt geändert:

Die Protokollerklärung zu § 29 a Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- a) Dem bisherigen einzigen Absatz wird die Nummerierung „1.“ vorangestellt.
- b) Es wird folgende neue Nr. 2 angefügt:

„2. Der Betrag der Differenz nach Satz 2 erhöht sich am 1. März 2018 um 3,19 Prozent, am 1. April 2019 um weitere 3,09 Prozent und am 1. März 2020 um weitere 1,06 Prozent.“

C Inkrafttreten

Die Regelungen treten zum 1. März 2018 in Kraft.

⇒ **Änderung der Arbeitsrechtlichen Regelung über die Rechtsverhältnisse der Schüler/Schülerinnen im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin (PIA) – Anlage 2.1.2 zur KAO**

I. Die Kirchliche Anstellungsordnung (KAO) vom 10. November 2006 (Abs. 62 S. 253), zuletzt geändert durch Beschluss vom 19. Oktober 2018, wird wie folgt geändert:

Die bisherige Arbeitsrechtliche Regelung über die Rechtsverhältnisse der Schüler/Schülerinnen im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin (PIA) – Anlage 2.1.2 zur KAO wird aufgehoben und wie folgt neu gefasst:

„Arbeitsrechtliche Regelung über die Rechtsverhältnisse der Schüler/Schülerinnen im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher zur Erzieherin (PIA), deren Ausbildung vor dem 1. März 2018 begonnen hat“ (Übergangsregelung)

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Regelung gilt als Übergangsregelung für Personen, die im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin ausgebildet werden und deren Ausbildung vor dem 1. März 2018 begonnen hat.

**§ 2
Anwendung tariflicher Vorschriften**

Der Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Besonderer Teil Pflege – vom 13. September 2005 findet ab 1. März 2018 auf die praxisintegrierte Ausbildung Anwendung. Abweichend hiervon ist § 9 des TVAöD – Besonderer Teil Pflege – mit Wirkung vom 1. Januar 2018 anzuwenden.

**§ 3
Sonstige Bestimmungen**

Diese Regelung gilt längstens bis zum 28. Februar 2021.“

II. Die Regelung gemäß I. tritt zum 1. März 2018 in Kraft.

⇒ **Änderung der Anlage 3.7.3 zur KAO:**

A Änderungen der KAO

Die Anlage 3.7.3 zur KAO wird wie folgt geändert:

In § 1 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Abweichend von § 20 (VKA) gilt § 20 Absatz 2 Satz 1 in folgender Fassung:

Die Jahressonderzahlung beträgt bei Beschäftigten, für die die Regelungen des Tarifgebiets West Anwendung finden,

in den Entgeltgruppen P 5 bis P 8
79,74 Prozent

in den Entgeltgruppen P 9 bis P 16
70,48 Prozent

des der/dem Beschäftigten in den Kalendermonaten Juli, August und September durchschnittlich gezahlten monatlichen Entgelts; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Überstunden und Mehrarbeit), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien.“

B Inkrafttreten

Die Regelung tritt zum 1. Januar 2019 in Kraft.

⇒ Änderung der KAO:

A Änderungen der KAO

I. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

1. Die Wörter „§ 16 Stufen der Entgelttabelle (VKA)“ werden durch die Wörter „§ 16 (VKA) Stufen der Entgelttabelle“ ersetzt.
2. Die Wörter „§ 18 Leistungsentgelt (VKA)“ werden durch die Wörter „§ 18 (VKA) Leistungsentgelt“ ersetzt.
3. Die Wörter „§ 36 Anwendung weiterer Tarifverträge (VKA)“ werden durch die Wörter „§ 36 (VKA) Anwendung weiterer Tarifverträge“ ersetzt.
4. Die Wörter „§ 38 a Übergangsvorschriften (VKA)“ werden durch die Wörter „§ 38 a (VKA) Übergangsvorschriften“ ersetzt.

II. § 3 Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Bei der beauftragten Ärztin/dem beauftragten Arzt kann es sich um eine Betriebsärztin/einen Betriebsarzt, eine Personalärztin/einen Personalarzt oder eine Amtsärztin/einen Amtsarzt handeln, soweit sich die Betriebsparteien nicht auf eine andere Ärztin/einen anderen Arzt geeinigt haben.“

III. § 8 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) für Überstunden

in den Entgeltgruppen 1 bis 9 b
30 v. H.,

in den Entgeltgruppen 9 c bis 15
15 v. H.“

IV. § 17 Absatz 4 b Satz 2 KAO wird wie folgt gefasst:

„Beträgt bei Höhergruppierungen innerhalb der Anlage C der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Tabellenentgelt und dem Tabellenentgelt nach § 17 Absatz 4 Satz 1 in der höheren Entgeltgruppe

– in den Entgeltgruppen S 2 bis S 8 b weniger als ab 1. März 2018 60,86 Euro, ab 1. April 2019 62,74 Euro und ab 1. März 2020 63,41 Euro,

– in den Entgeltgruppen S 9 bis S 18 weniger als ab 1. März 2018 97,40 Euro, ab 1. April 2019 100,41 Euro und ab 1. März 2020 101,47 Euro

erhält die/der Beschäftigte während der betreffenden Stufenlaufzeit anstelle des Unterschiedsbetrages den vorgenannten jeweils zustehenden Garantiebetrug.“

V. § 18 wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 18 (VKA)
Leistungsentgelt“**

2. Die Protokollerklärung Nummer 2 zu Absatz 4 Satz 3 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Erhalten Beamte im Vollstreckungsdienst eine entsprechende Zulage aufgrund einer landesrechtlichen Regelung, bestimmt sich die Höhe der Erfolgsprämie nach Satz 1 nach dieser landesrechtlichen Regelung.“

b) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 3 bis 5.

VI. § 20 (VKA) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Jahressonderzahlung beträgt bei Beschäftigten, für die die Regelungen des Tarifgebiets West Anwendung finden,

in den Entgeltgruppen 1 bis 8
79,51 Prozent

in den Entgeltgruppen 9 a bis 12
70,28 Prozent

in den Entgeltgruppen 13 bis 15
51,78 Prozent

des der/dem Beschäftigten in den Kalendermonaten Juli, August und September durchschnittlich gezahlten monatlichen Entgelts; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Überstunden und Mehrarbeit), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien.“

2. Die Protokollerklärungen zu Absatz 2 werden wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Protokollerklärung zu Absatz 2“

aa) Bei der Protokollerklärung Nummer 1 wird die Nummerierung gestrichen.

bb) Die Protokollerklärung Nummer 2 wird gestrichen.

3. Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Für Beschäftigte, für die die Regelungen des Tarifgebiets Ost Anwendung finden, gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, dass die Bemessungssätze für die Jahressonderzahlung bis zum Kalenderjahr 2018 75 Prozent, im Kalenderjahr 2019 82 Prozent, im Kalenderjahr 2020 88 Prozent, im Kalenderjahr 2021 94 Prozent und ab dem Kalenderjahr 2022 100 Prozent der dort genannten Prozentsätze betragen.“

4. Die Protokollnotiz (KAO) zu § 20 wird gestrichen.

Anhang 1**Anlage A (Bund)**

Tabelle TVöD Bund *)						
gültig vom 1. März 2018 bis 31. März 2019						
(monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.584,49	5.000,77	5.260,14	5.840,78	6.339,54	6.667,67
14	4.151,65	4.528,23	4.841,03	5.245,42	5.788,30	6.119,17
13	3.827,03	4.196,02	4.479,41	4.893,73	5.433,88	5.683,28
12	3.430,90	3.796,05	4.276,90	4.741,63	5.315,77	5.578,27
11	3.312,60	3.656,01	3.941,33	4.311,77	4.836,69	5.099,20
10	3.194,27	3.497,22	3.775,33	4.064,56	4.501,99	4.620,12
9	2.831,63	3.095,75	3.297,39	3.655,23	3.976,99	4.239,47
8	2.656,52	2.890,09	3.017,56	3.137,78	3.269,20	3.343,02
7	2.493,12	2.729,06	2.877,36	3.004,81	3.111,25	3.189,58
6	2.446,41	2.662,97	2.788,15	2.909,22	3.007,98	3.081,00
5	2.347,55	2.555,40	2.673,48	2.794,54	2.894,01	2.955,27
4	2.236,29	2.438,63	2.587,48	2.676,80	2.766,11	2.818,41
3	2.201,29	2.407,15	2.462,55	2.564,71	2.641,37	2.711,60
2	2.037,85	2.234,74	2.290,29	2.354,37	2.495,22	2.642,56
1		1.827,17	1.858,18	1.896,96	1.933,11	2.026,15

*) Im Geltungsbereich der KAO ist die Stufe 6 in den Entgeltgruppen 10 bis 15 nicht einschlägig.

Anlage A (Bund)

Tabelle TVöD Bund *)						
gültig vom 1. April 2019 bis 29. Februar 2020						
(monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.788,35	5.141,23	5.481,38	6.004,84	6.517,61	6.854,95
14	4.335,98	4.655,42	5.025,89	5.451,94	5.950,88	6.293,73
13	3.996,72	4.335,42	4.685,32	5.093,03	5.586,51	5.842,91
12	3.582,23	3.956,45	4.407,89	4.890,86	5.465,08	5.734,95
11	3.457,10	3.803,91	4.119,43	4.477,63	4.972,55	5.242,43
10	3.331,93	3.613,93	3.915,01	4.238,32	4.628,44	4.749,89
9	2.952,16	3.196,80	3.451,45	3.764,11	4.088,70	4.358,55
8	2.769,15	2.971,27	3.102,32	3.231,30	3.370,30	3.439,92
7	2.598,38	2.822,59	2.958,18	3.089,21	3.209,21	3.279,17
6	2.549,58	2.739,94	2.866,46	2.990,93	3.107,94	3.173,47
5	2.445,99	2.630,06	2.748,57	2.873,03	2.985,28	3.045,87
4	2.329,99	2.514,19	2.663,27	2.755,21	2.847,13	2.900,97
3	2.293,39	2.488,41	2.537,24	2.642,50	2.721,49	2.793,85
2	2.122,60	2.316,97	2.366,14	2.432,35	2.577,86	2.730,08
1		1.903,09	1.935,39	1.975,78	2.013,43	2.110,33

*) Im Geltungsbereich der KAO ist die Stufe 6 in den Entgeltgruppen 10 bis 15 nicht einschlägig.

Anlage A (Bund)

Tabelle TVöD Bund *)						
gültig ab 1. März 2020						
(monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.860,31	5.190,81	5.559,47	6.062,74	6.580,45	6.921,06
14	4.401,04	4.700,31	5.091,13	5.524,82	6.008,27	6.355,34
13	4.056,62	4.384,61	4.757,99	5.163,37	5.640,38	5.899,26
12	3.635,65	4.013,07	4.454,13	4.943,53	5.517,78	5.790,26
11	3.508,11	3.856,11	4.182,29	4.536,17	5.020,49	5.292,98
10	3.380,51	3.655,13	3.964,32	4.299,65	4.673,08	4.795,69
9	2.994,70	3.232,46	3.505,82	3.802,54	4.128,12	4.400,58
8	2.808,91	2.999,92	3.132,33	3.264,31	3.405,98	3.474,11
7	2.635,53	2.855,60	2.986,70	3.119,00	3.243,78	3.310,79
6	2.586,00	2.767,11	2.894,11	3.019,78	3.143,22	3.206,10
5	2.480,74	2.656,42	2.775,08	2.900,74	3.017,50	3.077,85
4	2.363,07	2.540,85	2.690,02	2.782,88	2.875,73	2.930,10
3	2.325,89	2.517,08	2.563,61	2.669,96	2.749,76	2.822,87
2	2.152,51	2.346,00	2.392,92	2.459,87	2.607,03	2.760,98
1		1.929,88	1.962,63	2.003,59	2.041,77	2.140,05

*) Im Geltungsbereich der KAO ist die Stufe 6 in den Entgeltgruppen 10 bis 15 nicht einschlägig.

Anhang 2

Anlage A (VKA)

Tabelle TVöD VKA gültig vom 1. März 2018 bis 31. März 2019 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.584,49	5.000,77	5.260,14	5.840,78	6.339,54	6.667,67
14	4.151,65	4.528,23	4.841,03	5.245,42	5.788,30	6.119,17
13	3.827,03	4.196,02	4.479,41	4.893,73	5.433,88	5.683,28
12	3.430,90	3.796,05	4.276,90	4.741,63	5.315,77	5.578,27
11	3.312,60	3.656,01	3.941,33	4.311,77	4.836,69	5.099,20
10	3.194,27	3.497,22	3.775,33	4.064,56	4.501,99	4.620,12
9 c	3.099,42	3.349,91	3.637,10	3.888,65	4.214,62	4.392,69
9 b	2.865,63	3.126,71	3.273,66	3.685,60	3.975,34	4.245,23
9 a	2.818,96	3.049,32	3.234,09	3.647,35	3.739,87	3.975,66
8	2.656,52	2.890,09	3.017,56	3.137,78	3.269,20	3.343,02
7	2.493,12	2.729,06	2.877,36	3.004,81	3.111,25	3.189,58
6	2.446,41	2.662,97	2.788,15	2.909,22	3.007,98	3.081,00
5	2.347,55	2.555,40	2.673,48	2.794,54	2.894,01	2.955,27
4	2.236,29	2.438,63	2.587,48	2.676,80	2.766,11	2.818,41
3	2.201,29	2.407,15	2.462,55	2.564,71	2.641,37	2.711,60
2	2.037,85	2.234,74	2.290,29	2.354,37	2.495,22	2.642,56
1		1.827,17	1.858,18	1.896,96	1.933,11	2.026,15

Anlage A (VKA)

Tabelle TVöD VKA gültig vom 1. April 2019 bis 29. Februar 2020 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.788,35	5.141,23	5.481,38	6.004,84	6.517,61	6.854,95
14	4.335,98	4.655,42	5.025,89	5.451,94	5.950,88	6.293,73
13	3.996,72	4.335,42	4.685,32	5.093,03	5.586,51	5.842,91
12	3.582,23	3.956,45	4.407,89	4.890,86	5.465,08	5.734,95
11	3.457,10	3.803,91	4.119,43	4.477,63	4.972,55	5.242,43
10	3.331,93	3.613,93	3.915,01	4.238,32	4.628,44	4.749,89
9 c	3.233,21	3.480,40	3.750,80	4.026,57	4.337,53	4.545,92
9 b	3.020,16	3.258,72	3.403,99	3.824,85	4.085,40	4.370,07
9 a	2.926,82	3.133,75	3.324,85	3.748,35	3.843,43	4.086,04
8	2.769,15	2.971,27	3.102,32	3.231,30	3.370,30	3.439,92
7	2.598,38	2.822,59	2.958,18	3.089,21	3.209,21	3.279,17
6	2.549,58	2.739,94	2.866,46	2.990,93	3.107,94	3.173,47
5	2.445,99	2.630,06	2.748,57	2.873,03	2.985,28	3.045,87
4	2.329,99	2.514,19	2.663,27	2.755,21	2.847,13	2.900,97
3	2.293,39	2.448,41	2.537,24	2.642,50	2.721,49	2.793,85
2	2.122,60	2.316,97	2.366,14	2.432,35	2.577,86	2.730,08
1		1.903,09	1.935,39	1.975,78	2.013,43	2.110,33

Anlage A (VKA)

Tabelle TVöD VKA gültig ab 1. März 2020 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.860,31	5.190,81	5.559,47	6.062,74	6.580,45	6.921,06
14	4.401,04	4.700,31	5.091,13	5.524,82	6.008,27	6.355,34
13	4.056,62	4.384,61	4.757,99	5.163,37	5.640,38	5.899,26
12	3.635,65	4.013,07	4.454,13	4.943,53	5.517,78	5.790,26
11	3.508,11	3.856,11	4.182,29	4.536,17	5.020,49	5.292,98
10	3.380,51	3.655,13	3.964,32	4.299,65	4.673,08	4.795,69
9 c	3.280,42	3.526,45	3.790,94	4.075,26	4.380,90	4.600,00
9 b	3.074,70	3.305,30	3.450,00	3.874,00	4.124,25	4.414,13
9 a	2.964,89	3.163,55	3.356,89	3.784,00	3.879,97	4.125,00
8	2.808,91	2.999,92	3.132,23	3.264,31	3.405,98	3.474,11
7	2.635,53	2.855,60	2.986,70	3.119,00	3.243,78	3.310,79
6	2.586,00	2.767,11	2.894,11	3.019,78	3.143,22	3.206,10
5	2.480,74	2.656,42	2.775,08	2.900,74	3.017,50	3.077,85
4	2.363,07	2.540,85	2.690,02	2.782,88	2.875,73	2.930,10
3	2.325,89	2.517,08	2.563,61	2.669,96	2.749,76	2.822,87
2	2.152,51	2.346,00	2.392,92	2.459,87	2.607,03	2.760,98
1		1.929,88	1.962,63	2.003,59	2.041,77	2.140,05

Anlage A

Tabelle TVöD VKA gültig vom 1. März 2018 bis 31. März 2019 (für Beschäftigte, die noch nicht in die neue EGO übergeleitet sind) (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.584,49	5.000,77	5.260,14	5.840,78	6.339,54	6.667,67
14	4.151,65	4.528,23	4.841,03	5.245,42	5.788,30	6.119,17
13	3.827,03	4.196,02	4.479,41	4.893,73	5.433,88	5.683,28
12	3.430,90	3.796,05	4.276,90	4.741,63	5.315,77	5.578,27
11	3.312,60	3.656,01	3.941,33	4.311,77	4.836,69	5.099,20
10	3.194,27	3.497,22	3.775,33	4.064,56	4.501,99	4.620,12
9	2.865,63	3.126,71	3.273,66	3.685,60	3.975,34	4.245,23
8	2.656,52	2.890,09	3.017,56	3.137,78	3.269,20	3.343,02
7	2.493,12	2.729,06	2.877,36	3.004,81	3.111,25	3.189,58
6	2.446,41	2.662,97	2.788,15	2.909,22	3.007,98	3.081,00
5	2.347,55	2.555,40	2.673,48	2.794,54	2.894,01	2.955,27
4	2.236,29	2.438,63	2.587,48	2.676,80	2.766,11	2.818,41
3	2.201,29	2.407,15	2.462,55	2.564,71	2.641,37	2.711,60
2	2.037,85	2.234,74	2.290,29	2.354,37	2.495,22	2.642,56
1		1.827,17	1.858,18	1.896,96	1.933,11	2.026,15

Anlage A (VKA)

Tabelle TVöD VKA gültig vom 1. April 2019 bis 29. Februar 2020 (für Beschäftigte, die noch nicht in die neue EGO übergeleitet sind) (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.788,35	5.141,23	5.481,38	6.004,84	6.517,61	6.854,95
14	4.335,98	4.655,42	5.025,89	5.451,94	5.950,88	6.293,73
13	3.996,72	4.335,42	4.685,32	5.093,03	5.586,51	5.842,91
12	3.582,23	3.956,45	4.407,89	4.890,86	5.465,08	5.734,95
11	3.457,10	3.803,91	4.119,43	4.477,63	4.972,55	5.242,43
10	3.331,93	3.613,93	3.915,01	4.238,32	4.628,44	4.749,89
9	3.020,16	3.258,72	3.403,99	3.824,85	4.085,40	4.370,07
8	2.769,15	2.971,27	3.102,32	3.231,30	3.370,30	3.439,92
7	2.598,38	2.822,59	2.958,18	3.089,21	3.209,21	3.279,17
6	2.549,58	2.739,94	2.866,46	2.990,93	3.107,94	3.173,47
5	2.445,99	2.630,06	2.748,57	2.873,03	2.985,28	3.045,87
4	2.329,99	2.514,19	2.663,27	2.755,21	2.847,13	2.900,97
3	2.293,39	2.488,41	2.537,24	2.642,50	2.721,49	2.793,85
2	2.122,60	2.316,97	2.366,14	2.432,35	2.577,86	2.730,08
1		1.903,09	1.935,39	1.975,78	2.013,43	2.110,33

Anlage A

Tabelle TVöD VKA gültig ab 1. März 2020 (für Beschäftigte, die noch nicht in die neue EGO übergeleitet sind) (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.860,31	5.190,81	5.559,47	6.062,74	6.580,45	6.921,06
14	4.401,04	4.700,31	5.091,13	5.524,82	6.008,27	6.355,34
13	4.056,62	4.384,61	4.757,99	5.163,37	5.640,38	5.899,26
12	3.635,65	4.013,07	4.454,13	4.943,53	5.517,78	5.790,26
11	3.508,11	3.856,11	4.182,29	4.536,17	5.020,49	5.292,98
10	3.380,51	3.655,13	3.964,32	4.299,65	4.673,08	4.795,69
9	3.074,70	3.305,30	3.450,00	3.874,00	4.124,25	4.414,13
8	2.808,91	2.999,92	3.132,23	3.264,31	3.405,98	3.474,11
7	2.635,53	2.855,60	2.986,70	3.119,00	3.243,78	3.310,79
6	2.586,00	2.767,11	2.894,11	3.019,78	3.143,22	3.206,10
5	2.480,74	2.656,42	2.775,08	2.900,74	3.017,50	3.077,85
4	2.363,07	2.540,85	2.690,02	2.782,88	2.875,73	2.930,10
3	2.325,89	2.517,08	2.563,61	2.669,96	2.749,76	2.822,87
2	2.152,51	2.346,00	2.392,92	2.459,87	2.607,03	2.760,98
1		1.929,88	1.962,63	2.003,59	2.041,77	2.140,05

Tabelle TVöD VKA						
Anlage E (Pflegedienst)						
gültig ab 1. März 2018 bis 28. Februar 2019						
(monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
P 16		4.168,25	4.314,41	4.786,24	5.336,25	5.578,86
P 15		4.078,76	4.212,48	4.546,81	4.946,92	5.099,73
P 14		3.980,08	4.110,58	4.436,82	4.880,06	4.960,94
P 13		3.881,41	4.008,67	4.326,80	4.556,52	4.615,83
P 12		3.684,03	3.804,83	4.106,80	4.292,29	4.378,57
P 11		3.486,68	3.601,00	3.886,80	4.076,00	4.162,88
P 10		3.289,33	3.397,17	3.699,14	3.844,73	3.936,40
P 9		3.127,55	3.289,33	3.397,17	3.602,07	3.688,35
P 8		2.877,66	3.017,88	3.197,65	3.342,85	3.544,22
P 7		2.711,98	2.877,66	3.132,57	3.260,00	3.391,28
P 6	2.273,18	2.431,68	2.584,55	2.909,53	2.992,37	3.145,28
P 5	2.177,82	2.394,49	2.457,13	2.559,06	2.635,55	2.815,21

Tabelle TVöD VKA						
Anlage E (Pflegedienst)						
gültig ab 1. März 2019 bis 29. Februar 2020						
(monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
P 16		4.305,57	4.456,51	4.943,88	5.512,01	5.762,61
P 15		4.213,10	4.351,23	4.696,57	5.109,85	5.267,70
P 14		4.111,17	4.245,97	4.582,95	5.040,79	5.124,34
P 13		4.009,25	4.140,70	4.469,31	4.706,60	4.767,86
P 12		3.805,37	3.930,15	4.242,07	4.433,67	4.522,79
P 11		3.601,52	3.719,60	4.014,82	4.210,87	4.299,99
P 10		3.397,67	3.509,06	3.820,98	3.971,36	4.066,05
P 9		3.230,56	3.397,67	3.509,06	3.720,71	3.809,83
P 8		2.972,44	3.117,28	3.302,97	3.452,95	3.660,96
P 7		2.801,30	2.972,44	3.235,75	3.367,37	3.502,98
P 6	2.353,39	2.511,84	2.669,68	3.005,36	3.090,93	3.248,88
P 5	2.258,01	2.474,64	2.538,06	2.643,35	2.722,35	2.907,93

Tabelle TVöD VKA Anlage E (Pflegedienst) gültig ab 1. März 2020 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
P 16		4.350,53	4.503,05	4.995,51	5.569,57	5.822,79
P 15		4.257,10	4.396,67	4.745,61	5.163,22	5.322,71
P 14		4.154,10	4.290,31	4.630,81	5.093,43	5.177,85
P 13		4.051,12	4.183,94	4.515,99	4.755,75	4.817,65
P 12		3.845,11	3.971,19	4.286,37	4.479,97	4.570,02
P 11		3.639,13	3.758,45	4.056,75	4.254,84	4.344,90
P 10		3.433,15	3.545,70	3.860,88	4.012,84	4.108,51
P 9		3.264,30	3.433,15	3.545,70	3.759,57	3.849,62
P 8		3.003,48	3.149,83	3.337,47	3.489,01	3.699,19
P 7		2.830,56	3.003,48	3.269,54	3.402,54	3.539,56
P 6	2.379,67	2.538,09	2.697,56	3.036,75	3.123,21	3.282,80
P 5	2.284,28	2.500,89	2.564,56	2.670,95	2.750,78	2.938,30

Anlage zu § 1 Abs. 1 der Anlage zu
Abschnitt VIII Sonderregelungen (VKA)
§ 56 Anlage C (VKA)¹

Tabelle TVöD VKA Anlage C (Sozial- und Erziehungsdienst) gültig ab 1. März 2018 bis 31. März 2019 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.733,74	3.847,26	4.343,71	4.716,01	5.274,49	5.615,77
S 17	3.391,53	3.692,14	4.095,47	4.343,71	4.840,10	5.131,76
S 16	3.311,26	3.611,48	3.884,50	4.219,58	4.591,90	4.815,29
S 15	3.187,77	3.474,93	3.723,18	4.008,62	4.467,80	4.666,35
S 14	3.171,02	3.439,30	3.715,15	3.995,76	4.306,04	4.523,21
S 13	3.117,30	3.352,84	3.661,11	3.909,30	4.219,58	4.374,70
S 12	3.074,50	3.343,35	3.638,92	3.899,53	4.222,22	4.358,74
S 11 b	2.994,79	3.295,80	3.453,43	3.850,57	4.160,84	4.347,00
S 11 a	2.933,26	3.232,36	3.388,98	3.785,22	4.095,47	4.281,63
S 9	2.723,92	2.982,65	3.220,39	3.566,21	3.890,41	4.138,97
S 8 b	2.723,92	2.982,65	3.220,39	3.566,21	3.890,41	4.138,97
S 8 a	2.685,14	2.917,80	3.123,13	3.317,66	3.506,77	3.703,99
S 7	2.620,66	2.840,76	3.033,56	3.226,32	3.370,93	3.586,65
S 4	2.481,17	2.714,24	2.882,94	2.997,41	3.105,85	3.274,79
S 3	2.321,05	2.553,99	2.716,05	2.864,86	2.932,94	3.014,27
S 2	2.182,40	2.293,44	2.375,39	2.467,05	2.563,43	2.659,84

¹ Red. Anm.: Die derzeit geltende Fassung der Anlage C (VKA) zum TVöD ist nachrichtlich abgedruckt.

Für Beschäftigte, die über den 30. Juni 2015 hinaus in der Entgeltgruppe S 10 eingruppiert sind, weil sie den Verbleib in ihrer bisherigen Entgeltgruppe beantragt haben, gelten **ab 1. März 2018** folgende Tabellenwerte:

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 10	2.799,37	3.088,63	3.233,27	3.662,14	4.009,74	4.295,24

Tabelle TVöD VKA Anlage C (Sozial- und Erziehungsdienst) gültig ab 1. April 2019 bis 29. Februar 2020 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.856,63	3.963,34	4.474,77	4.858,30	5.433,63	5.785,20
S 17	3.531,38	3.803,54	4.219,03	4.474,77	4.986,13	5.286,59
S 16	3.452,63	3.720,44	4.001,70	4.346,89	4.730,45	4.960,57
S 15	3.322,52	3.579,77	3.835,51	4.129,57	4.602,60	4.807,14
S 14	3.292,62	3.543,07	3.827,24	4.116,32	4.435,96	4.659,68
S 13	3.216,63	3.454,00	3.771,57	4.027,25	4.346,89	4.506,69
S 12	3.198,66	3.444,22	3.748,71	4.017,18	4.349,61	4.490,25
S 11 b	3.143,77	3.395,24	3.557,62	3.966,75	4.286,38	4.478,16
S 11 a	3.082,25	3.329,88	3.491,23	3.899,43	4.219,03	4.410,81
S 9	2.848,64	3.072,64	3.317,55	3.673,81	4.007,79	4.263,85
S 8 b	2.848,64	3.072,64	3.317,55	3.673,81	4.007,79	4.263,85
S 8 a	2.792,04	3.005,83	3.217,36	3.417,76	3.612,57	3.815,74
S 7	2.719,99	2.926,47	3.125,09	3.323,66	3.472,64	3.694,86
S 4	2.592,92	2.796,13	2.969,92	3.087,85	3.199,56	3.373,59
S 3	2.436,27	2.631,05	2.798,00	2.951,30	3.021,43	3.105,22
S 2	2.258,49	2.369,54	2.451,65	2.541,48	2.640,77	2.740,09

Tabelle TVöD VKA Anlage C (Sozial- und Erziehungsdienst) gültig ab 1. März 2020 (monatlich in Euro)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.900,00	4.004,30	4.521,02	4.908,52	5.489,79	5.845,01
S 17	3.580,74	3.842,85	4.262,65	4.521,02	5.037,68	5.341,24
S 16	3.502,52	3.758,90	4.043,07	4.391,82	4.779,34	5.011,85
S 15	3.370,09	3.616,78	3.875,16	4.172,25	4.650,18	4.856,83
S 14	3.335,53	3.579,69	3.866,80	4.158,86	4.481,81	4.707,85
S 13	3.251,68	3.489,70	3.810,56	4.068,88	4.391,82	4.553,28
S 12	3.242,48	3.479,83	3.787,46	4.058,71	4.394,57	4.536,66
S 11 b	3.196,36	3.430,33	3.594,40	4.007,75	4.330,68	4.524,44
S 11 a	3.134,84	3.364,31	3.527,32	3.939,73	4.262,65	4.456,41
S 9	2.892,66	3.104,40	3.351,85	3.711,78	4.049,22	4.307,92
S 8 b	2.892,66	3.104,40	3.351,85	3.711,78	4.049,22	4.307,92
S 8 a	2.829,77	3.036,91	3.250,62	3.453,09	3.649,92	3.855,19
S 7	2.755,05	2.956,72	3.157,39	3.358,02	3.508,53	3.733,06
S 4	2.632,35	2.825,04	3.000,62	3.119,76	3.232,63	3.408,47
S 3	2.476,93	2.658,24	2.826,92	2.981,80	3.052,66	3.137,31
S 2	2.285,34	2.396,40	2.478,56	2.567,76	2.668,07	2.768,42

B Inkrafttreten

- I. Die Regelungen A. I., II., III., IV und V.
treten zum 1. März 2018 in Kraft.
- II. Die Regelung A. VI. tritt am 1. Januar 2019
in Kraft.

Amtsblatt

Laufender Bezug nur durch das Referat Interne
Verwaltung des Evangelischen Oberkirchenrats.
Bezugspreis jährlich 25,00 Euro,
zuzüglich Porto- und Versandkosten.
Erscheinungsweise: monatlich.

Der Bezug kann zwei Monate vor dem 31. Dezember
eines jeden Jahres gekündigt werden.
Einzelnummern laufender oder früherer Jahrgänge können
vom Referat Interne Verwaltung des Evangelischen Ober-
kirchenrats – soweit noch vorrätig – bezogen werden.
Preis je Einzelheft: 2,00 Euro.

Herausgeber

Evangelischer Oberkirchenrat
Postfach 10 13 42, 70012 Stuttgart
Dienstgebäude: Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart
Telefon 0711 2149-0

Herstellung

Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

Konten der Kasse des Evangelischen Oberkirchenrats

Evangelische Bank eG
BIC GENODEF1EK1
IBAN DE66 5206 0410 0000 4001 06

Landesbank Baden-Württemberg
BIC SOLADEST600
IBAN DE85 6005 0101 0002 0032 25

